

Evrard, Amy Young: *The Moroccan Women's Rights Movement*, New York, NY (Syracuse University Press) 2014.

Feichtinger, Walter/Mückler, Hermann/Hainzl, Gerald/ Jurekovic, Predrag (Hrsg.): *Wege und*

Irrwege des Krisenmanagements. Von Afghanistan bis Südsudan, Wien (Böhlau) 2014.

Salhi, Zahia Smail (Hrsg.): *Gender and Diversity in the Middle East and North Africa*, London (Routledge) 2014.

ANNOTATIONEN

Andrea Fleschenberg, Claudia Derichs (Hrsg.): *Women and Politics in Asia. A Springboard for Democracy?*, Münster (Lit), 2011.

In dem Sammelband „Women and Politics in Asia“ analysieren Autoren und Autorinnen die Rollen, Strategien, Diskurse und Praktiken der Partizipation von Frauen an der Politik Asiens auf mehreren Ebenen. Folgende Themenkomplexe werden behandelt: Politische Partizipation und Repräsentation von Frauen; Frauenbewegungen, religiöse Herausforderungen, Public Policy und Gender Mainstreaming. Die Ergebnisse zweier Aufsätze werden im Folgenden exemplarisch näher beschrieben.

Im Beitrag „Political Participation of Muslim Women in India“ von Vasundhara Mohan Rallapalli wird die Stellung und Rolle der muslimischen Frauen in Indien beleuchtet. Rallapalli beschreibt, dass die Frauen der größten Minderheit in Indien sozial und politisch benachteiligt seien. Der Frauenanteil in beiden Kammern des Parlaments sei überaus gering und der Widerstand besonders der konservativen Parteien gegen eine politische Beteiligung muslimischer Frauen groß. Rallapalli erläutert ferner, dass aufgrund fehlender Unterstützung aus der Gesellschaft und den großen Parteien nur Frauen aus wohlhabenden, politisch erfolgreichen Familien Chancen hätten gewählt zu werden. Er fordert, dass Frauen in ihren Belangen und ihren politischen Plänen stärker gefördert und dass mehr Frauen Zugang zu Bildung bekommen sollten, was ihren Weg zu mehr gemeinschaftlicher und politischer Anerkennung erleichtern würde.

Im Aufsatz „Women's Involvement in Policy Implementation: Experiences

from Gender Mainstreaming Policy on Community Fisheries Management in Cambodia“ von Susanne Chap wird das Engagement von Frauen in den Fischereigemeinschaften Kambodschas untersucht. Im Rahmen der Implementierung der „Gender Mainstream Policy“ soll erreicht werden, dass Frauen von den Ressourcen und Dienstleistungen der Fischereigemeinschaften stärker profitieren können. Die kambodschanische Kultur sehe es vor, dass Frauen den Haushalt führen und ihre Männer Fischerei betreiben. Die vorliegende Studie zeigt, dass Frauen in den Fischereigemeinschaften wesentlich bedeutendere Rollen spielen und die Arbeit ihrer Männer sinnvoll ergänzen. Chap stellt dar, dass Frauen sehr gute hauswirtschaftliche Kenntnisse besitzen und besser auf dem Fischmarkt verhandeln als Männer, außerdem verfügten sie über bemerkenswerte Fähigkeiten, Konflikte schnell und effektiv zu lösen. Das Engagement in den Fischereigemeinschaften stärke das Selbstvertrauen der Frauen. Jedoch müssten sie neben ihrem Engagement genügend Zeit für ihre Familienaufgaben haben; darüber hinaus müsse Analphabetismus überwunden werden, damit die Frauen die Fischereigemeinschaften effektiv unterstützen zu können.

Martina Schlögel, *Das Bundesverfassungsgericht im Politikfeld Innere Sicherheit. Eine Analyse der Rechtsprechung von 1983 bis 2008*, Beiträge zur Politikwissenschaft, Bd. 94, Frankfurt am Main (Peter Lang), 2010.

Martina Schlögel nimmt in dieser Analyse 14 Entscheidungen des Gerichts aus dem Themenfeld „Innere Sicherheit“ sowie die

jeweiligen Reaktionen darauf in Medien, Wissenschaft und Politik in den Blick; vom Urteil zum Volkszählungsgesetz über den „Großen Lauschangriff“ bis zur – als aktuellstem Fall – Anordnung bezüglich der Vorratsdatenspeicherung aus dem Jahr 2008. Ausgangspunkt der Analyse ist die Frage, wie sich das Bundesverfassungsgericht in diesem Politikfeld betätigt und weshalb in dieser Form. Schlögel versteht das Gericht dabei als politischen Akteur, der politische Entscheidungen klar beeinflusst – nachträglich, aber auch durch seitens der Gesetzgeber antizipierte Reaktionen.

Zur Erklärung ihrer Ergebnisse führt Schlögel verschiedene theoretische Ansätze wie den spieltheoretischen Ansatz nach Georg Vanberg und eine *rational-choice*-basierte Weiterentwicklung dessen an, die sie aber in Hinblick auf einen Wandel im Entscheidungsverhalten des Gerichts als nur unzureichende Erklärungen zurückweist. Schlögel erscheint es plausibler, diesen Wandel ab ca. 2004 auf eine Vereinheitlichung der parlamentarischen Meinungen zum Politikfeld Innere Sicherheit zurückzuführen, auf den das Gericht aus Sorge um den Bestand des Rechtsstaats mit besonders bürgerrechts- und freiheitsschützenden Entscheidungen reagiert, ungeachtet der Popularität solcher Entscheidungen. Sie stellt jedoch auch fest, dass das Gericht seine Sanktionsmöglichkeiten in den meisten Fällen bei Weitem nicht voll ausgeschöpft hat und interpretiert dies als Versuch, Konfrontationen mit dem Gesetzgeber zu vermeiden. Schlögel legt mit dieser Analyse einen zwar begrenzten, aber ausbaufähigen, fundierten empirischen Beitrag zur Politikfeldforschung vor.

Martin Leiner, Maria Palme, Peggy Stöckner (Hrsg.), Societies in Transition. Sub-Saharan Africa between Conflict and Reconciliation, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht), 2014.

Mit diesem Werk beleuchten die Autoren die Thematik der sich im Wandel befindenden Gesellschaften Afrikas zwischen Konflikt und Versöhnung. Hervorgegangen ist der Sammelband aus einer Summer School mit dem gleichnamigen Titel im Jahr 2011. Das Buch, das in zwei

Teile gegliedert ist, beschäftigt sich zuerst mit Fallbeispielen innerhalb Afrikas, um anschließend auf eine vergleichende und globale Perspektive einzugehen. Es wird im Rahmen der Versöhnung im afrikanischen Kontext ein positiv konnotiertes Bild gezeichnet und ein von „unten“ ausgehender Prozess geschildert, der sich eben dadurch vom klassischen westlichen Rechtsverständnis unterscheidet. Dieser Prozess wird zum einen als ein einseitiger Prozess des Vergebens und Versöhnens verstanden, im-

pliziert jedoch auch eine Einbeziehung anderer Akteure, wie etwa Menschenrechtsorganisationen. Afrika und seine Versöhnungsmechanismen werden als facettenreich und auf dem Weg der Überwindung von Gewalt beschrieben. Dem Band gelingt es auf eine interessante Art, die theoretischen Grundlagen der Versöhnungsmechanismen im Subsahara-Afrika zu vermitteln und diese mit Fallbeispielen zu unterfüttern. Er eignet sich gut für einen Einstieg in diese Thematik.

Besprechungen

Hans-Georg Ehrhart/Heinz Dieter Jopp/Roland Kaestner/Kerstin Petretto, Piraterie als Herausforderung. Europäische Antworten, globale Perspektiven, Baden-Baden (Nomos), 2013.

Piraterie ist so alt wie der Seehandel. Im Kontext extensiver Globalisierung avanciert diese ewige „Geißel der Menschheit“ (S.7) jedoch zu einer Gefährdung, die in ihrer Erscheinungsform bezeichnend ist für das 21. Jahrhundert. Als transnationale Bedrohung zielt sie auf die empfindliche Infrastruktur globaler Weltwirtschaft, gefährdet die Freiheit der Seewege und das Leben vieler Seeleute. In Anbetracht der Reichweite dieser Bedrohung, konstatieren die Autoren des Werkes „Piraterie als Herausforderung. Europäische Antwort, globale Perspektiven“, erscheine der Einsatz rein militärischer Sicherheitsmaßnahmen nicht mehr zeitgemäß. Zunehmend sei die Zusammenarbeit einer Vielzahl staatlicher und privater Akteure vonnöten. Hans-Georg Ehrhart, Heinz Dieter Jopp, Roland Kaestner und Kerstin Petretto untersuchen im Rahmen des interdisziplinären Forschungsprojekts „PiraT“ Phänomene maritimer Gewalt und Strategien zu deren Bekämpfung. Das vorliegende Buch stellt Teilergebnisse dieses Projekts vor, ein weiterer Band mehrerer Herausgeber präsentiert hingegen die Ergebnisse der Analysen aller Projektpartner.

In den drei Beiträgen werden verschiedene Aspekte des Piraterieproblems ana-

lysiert und bewertet. Der erste Teil widmet sich der Rolle Deutschlands und dessen Einbindung in das komplexe Geflecht staatlicher, gesellschaftlicher und privater Sicherheitsstrukturen. Der zweite Teil konzentriert sich auf den Fall Somalia und unterzieht die Anti-Piraterie-Strategie der Europäischen Union einer fundierten Wirkungsanalyse. Der rhetorisch vielseitig beschworene „Comprehensive Approach“ (S. 69) entpuppe sich, so die These, bei genauerer Betrachtung als ein zusammenhangsloses Nebeneinander verschiedener Maßnahmen mit dem Schwerpunkt auf der Symptombekämpfung. Wollte man langfristige Erfolge erzielen, müssten jedoch die Bedingungen an Land nicht nur rhetorisch, sondern auch praktisch in den Mittelpunkt der Aktivitäten rücken. Der Schlussbeitrag besteht in einer Zukunftsanalyse der nächsten 15 bis 20 Jahre. Global betrachtet und unter Berücksichtigung voraussagbarer „Megatrends“ (S. 143) werde maritime Gewalt, so die warnende Vermutung der Autoren, weiter zunehmen. Wirkungsvolle Maßnahmen zur Vorbeugung müssten daher frühzeitig in Angriff genommen werden und nicht erst dann, wenn es zu spät ist.

Eine zentrale Stelle im Buch nimmt die Untersuchung des europäischen Engagements am Horn von Afrika ein. In Anbetracht der Komplexität der dort herrschenden Krise, bemühe sich die EU seit Längerem um einen „umfassenden Ansatz“, der nicht nur sicherheitspolitische Maßnahmen zur Krisen- und Gefahrenbewältigung heran-

ziehe, sondern auch humanitäre Hilfe, Entwicklungspolitik sowie die Zusammenarbeit mit anderen multilateralen Institutionen vorsehe. Dieser Anspruch an eine vielschichtige Krisen- und Gefahrenbewältigung sei in der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) festgeschrieben und schlage sich in der 2005 verabschiedeten „Afrika Strategie“, dem „Europäischen Konsens für die Entwicklungspolitik“ und weiteren europäischen Institutionen, Instrumenten und Konzepten nieder.

Die Operation Atalanta, die sich seit 2008 dem Schutz der Seefahrt sowie der Bekämpfung der Piraterie am Horn von Afrika widmet, müsse als Teil eines solchen „umfassenden Ansatzes“ betrachtet werden. Seit einiger Zeit verweise die EU des Öfteren auf die Fortschritte der seeseitigen Pirateriebekämpfung. Die Erfolgsquote somalischer Seeräuber konnte im Jahr 2011 drastisch reduziert werden, die Angriffe gingen 2012 insgesamt stark zurück. Diese Entwicklung, so die Autoren, sei jedoch mit Vorsicht zu bewerten. Solange sich an Land nichts ändere und der Nutzen eines gelungenen Überfalls die Risiken kompensiere, sei die Gefahr einer Wiederbelebung seeräuberischer Aktivität stets imminenz. Des Weiteren rücke die anhaltende Krise in Somalia den rhetorisch allseits gelobten „umfassenden Ansatz“ in ein zweifelhaftes Licht. Dieser scheitere bisher daran, dass er die herrschenden Missstände nicht adäquat überwinden könne. Solange sich die EU der Einsicht verwehre, dass ein zentralisiertes Regierungssystem